

Die Teilung Hiesfelds im Jahre 1917

Die „Beamtenkommission“, die Mutungsgrenze und der Bauer Flocken

von Berthold Schön

Vor 4 Jahren hat man „vergessen“, die 50jährige Zugehörigkeit der Gemeinde Hiesfeld zur Stadt Dinslaken zu feiern. Aber nicht dieses „versäumte“ Jubiläum ist Anlaß zur Erinnerung, noch weniger liegen den folgenden Gedanken unterschwellige restaurative Spekulationen zugrunde. Vielmehr reizt die in mancher Hinsicht ähnlich gelagerte heutige Situation zum Vergleich mit den Jahren um 1917.

Seit mehr als einem Jahrzehnt glaubt man zu wissen, daß die Anzahl der Bundesländer von 10 auf 5 reduziert werden müsse. Seit 5 Jahrzehnten will man die bisherigen Kreise zu größeren zusammenfassen. In diesem Spiel ohne Grenzen kämpfen ganze Scharen in Kommissionen, um die mannigfaltigen Ziele durchzusetzen. Wer aber durchschaut die Verhandlungen und den kalten Krieg um Städte und Gemeinden?

Wie war die Situation um das Jahr 1917, als die großflächige Gemeinde Hiesfeld aufgeteilt wurde?

Wer war damals an der Zerschlagung eines Kirchspiels interessiert, das zwar gelegentlich seine politische Zugehörigkeit wechselte, das aber schätzungsweise 1000 Jahre in seinem Areal unversehrt geblieben war?

Welche Gründe lagen vor? Wer suchte seinen Vorteil — und warum gerade während des 1. Weltkrieges?

◀
Im Banne des Beat: Jazz-Festival im Burgtheater

Es liegt nahe, die Antwort bei den heute 80jährigen zu suchen. Frauen waren damals nicht an Gemeindeangelegenheiten beteiligt. Fragt man Männer, die nach unserer Rechnung schon immer am öffentlichen Leben interessiert waren, so erlebt man durchweg eine Enttäuschung: Sie standen an den Weltkriegsfronten und hatten andere Sorgen. Als sie dann nach Hause kamen, waren die Entscheidungen gefallen.

Wir heutigen Nachfahren sehen die im folgenden erwähnten Verhandlungen, Gemeinde-, Stadt- und Kreisausschußsitzungen immer vor dem Hintergrund des Kriegsgeschehens.

1916: Schlacht um Verdun, am Isonzo;

1916/17: Hungerblockade, Steckrübenwinter; Ablehnung des Friedensangebotes der Mittelmächte;

1917: Flandernschlacht, Cambrai; Eintritt der USA in den Krieg; Ernährung der Bevölkerung katastrophal; die militärische Führung fordert totalen Einsatz der Gesamtindustrie für die Rüstung.

Authentische Aussagen lebender Zeugen fallen weitgehend aus, es bleiben lediglich die Akten der früheren Behörden. Wertvolle Aufschlüsse hätte man von den Unterlagen der Kreisverwaltung erwarten dürfen, aber sie sind 1945 restlos verbrannt (Gerettet wurden Karten und Pläne des Kreiskatasteramtes).

Wir müssen zurückgreifen auf die Ratsprotokolle der Gemeindeverwaltung Hiesfeld und die Korrespondenz Regierung/Kreisverwaltung.¹

Das Thema „Aufteilung der Gemeinde Hiesfeld“ findet sich zum erstenmal als Punkt 8 einer Ratssitzung am 22. Januar 1917 in der Tagesordnung.

Punkt 1:

a) Joh. Belgrath, b) G. Muthmann, c) Fr. Mölleken, d) Franz Peckelsen, e) Th. Peters, f) Herm Caspers, g) Mahrenholz, h) Heinrich te Reh werden in Neu- oder Wiederwahl als Ratsmitglieder aufgenommen.

(Nach den Anwesenheitslisten der vorhergehenden Monate sind a), b), e) und g) alte Mitglieder. Die Wiederwahl einiger industrieverbundener oder -abhängiger Männer ist sicher nicht ohne Bedeutung für den Gesamtverlauf der Verhandlungen um die Aufteilung gewesen)

Punkt 2:

Beschluß über Auszahlung des Ehrensoldes an 23 Kriegsveteranen; Bestätigung eines neuen Polizeisekretärs;

¹ Hauptstaatsarchiv Düsseldorf: Akten Bestand Regierung Düsseldorf Nr. 9822

Punkt 3:

Steuerniederschlagungen

Punkt 4:

Zahlung von Kriegsbeschädigtenunterstützung

Punkt 5:

Landpachtangelegenheiten

Punkt 6:

Weihnachtsgaben

Punkt 7:

öffentliche Bekanntmachungen

Punkt 8:

Aufteilung der Gemeinde Hiesfeld

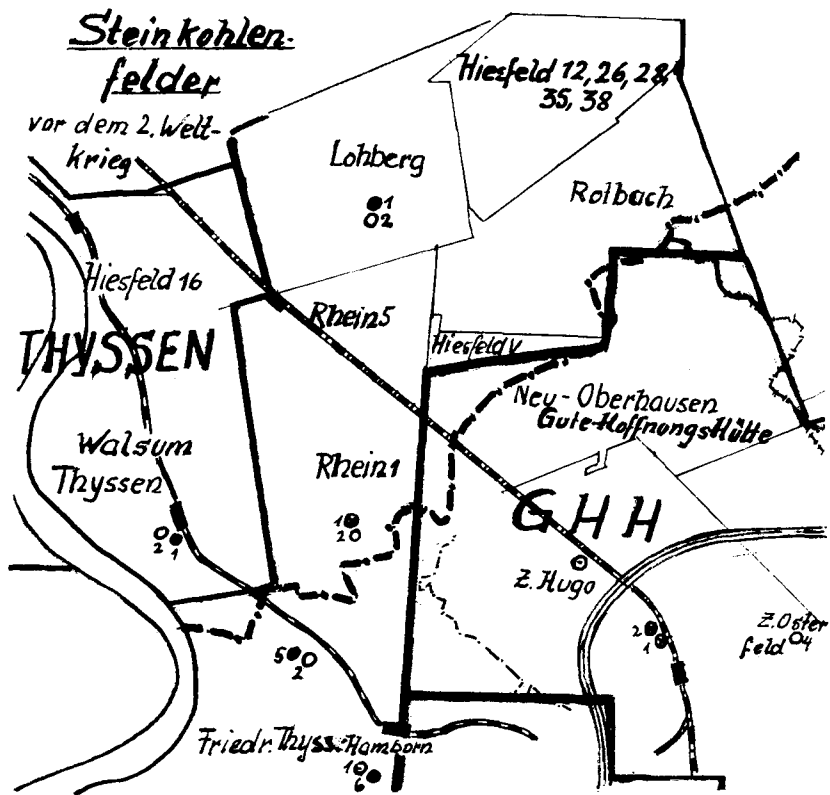
Im Wortlaut:

Der Bürgermeister teilt der Versammlung mit, daß der Antrag auf Verhandlung über vorbezeichneten Gegenstand in heutiger Sitzung von der Beamtenkommission — den Herrn Beigeordneten Belgrath, Direktor Sebold, Bollwerk und Herrn G. Muthmann — mündlich gestellt und der Eingang eines schriftlichen Antrages mit den erforderlichen Unterlagen in Aussicht gestellt sei. Dieser schriftliche Antrag ist bisher nicht eingegangen.

Der Bürgermeister macht die Versammlung weiter darauf aufmerksam, daß in der vorliegenden hochwichtigen Angelegenheit nicht nur Werk- und allgemeine Gemeindeinteressen, sondern auch Staatsinteressen in Frage kämen und daß ihm bisher ein Nachweis darüber, daß die Staatsbehörde mit einer Aufteilung der Gemeinde Hiesfeld einverstanden sei, nicht vorliege. Der Bürgermeister verlas sodann die §§ 9, 10 und 88 der Landgemeindeordnung und machte auf den Artikel in dem Oberhausener Generalanzeiger vom 20. d. Mts. und in der Rh.-Westf. Zeitung vom 21. d. Mts. No. 56 aufmerksam, die eine Aufteilung des Kreises Dinslaken zum Gegenstand haben. Über die Aufteilung der Gemeinde Hiesfeld in einen südlichen und einen nördlichen Teil und Überweisung dieser Teile an die Stadtgemeinden Sterkrade bzw. Dinslaken wurde sodann eingehend verhandelt.

Versammlung beschließt: Der Gemeinderat ist im Prinzip mit einer Aufteilung der Gemeinde Hiesfeld nach den ungefähren Mutungsgrenzen² der beiden hier in Frage kommenden Industrien (Gutehoffnungshütte und Gewerkschaft Deutscher Kaiser) und Überweisung dieser Teile an die benachbarten Städte Dinslaken und Sterkrade zum 1. April des Jahres einverstanden, wenn die noch festzusetzenden Bedingungen der Gemeinde Hiesfeld erfüllt werden. Dieser Beschluß wird mit 12 zu 4 Stimmen gefaßt. Der Bürgermeister enthielt sich der Abstimmung.“

² Grenze des staatlich konzessionierten Abbaubereichs einer Zeche untertage.



Die Kreisgrenze (- . - . -) und die Mutungsgrenze der Grubenfelder (—)

Neben die letzte Zeile dieses Protokollabschnittes hat Bürgermeister Hausmann seine Unterschrift gesetzt und wohl die Sitzung verlassen. Der folgende 9. Punkt betrifft nämlich sein Pensionierungsgesuch und die Festlegung der Pension. Unter dem Vorsitz des Beigeordneten Belgrath wird die Versammlung weitergeführt. Der Sekretär protokolliert:

„Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von dem Inhalte des Schreibens des Herrn Bürgermeisters Hausmann vom 17. d. Mts. an den Gemeinderat und beschließt folgendes:

Mit Pensionierung des Herrn Bürgermeisters zum 1. April d. Js. erklärt Gemeinderat sich einverstanden. Unter Anerkennung der segensreichen 12jährigen Tätigkeit in der aufstrebenden Gemeinde Hiesfeld wird demselben ein Ruhegeld von 7200 M jährlich unter Anrechnung des von der Provinzial-Ruhegehaltskasse festzusetzenden Betrages auf Lebenszeit bewilligt... Gleichzeitig beschließt Gemeinderat, dem Herrn Bürgermeister die bisherige Dienstwohnung mit allem Zubehör (Garten) solange unentgeltlich zu belassen, bis er sich anderweitig hat einrichten können, längstens aber bis zum 1. Oktober d. Js.

10. Punkt:

Es wird beschlossen, bei einer Aufteilung der Gemeinde die erforderlichen Mobilien (für die Einrichtung der Polizeistation Lohberg) aus dem Rathaus zu entnehmen.

V. g. u.

Belgrath	te Reh	Sebold
Muthmann	Köster	
Heier	Otto Freundlieb	
Flocken	Heinrich Berger	
Kerkmann	Cornelius	
Peters	Mahrenholz	
Caspers		
Mölleken		
Peckelsen	Dellmann (? unleserlich)	Protokollführer

Es fehlten mit Entschuldigung die Herren:

- te Heesen
- Heintjes
- Hüsken
- Kathmann
- Bollwerk
- Thyssen



Das Hiesfelder Rathaus (heute Altersheim)

Natürlich gibt uns das Protokoll keinen Aufschluß über die Diskussion, über die Namen der Befürworter oder Gegner der Aufteilung. Nichts erfahren wir über die Dauer der „eingehenden“ Verhandlung. Vielleicht fällt zu Beginn die vorwurfsvolle Bemerkung des Bürgermeisters auf: der Antrag wurde mündlich gestellt, die schriftliche Fixierung mit den erforderlichen Unterlagen ist bisher nicht eingegangen. (Es scheint auch später nichts Schriftliches von den Vertretern der an der Teilung Interessierten vorgelegt worden zu sein.) In den Unterlagen hätten wir sicher auch Begründungen gefunden. Wir müssen offen lassen, warum sie fehlen und ob Hausmann ihr Fehlen erwähnte um der büromäßigen Vollständigkeit des „Vorgangs“ willen oder ob er andere Gedanken hegte.

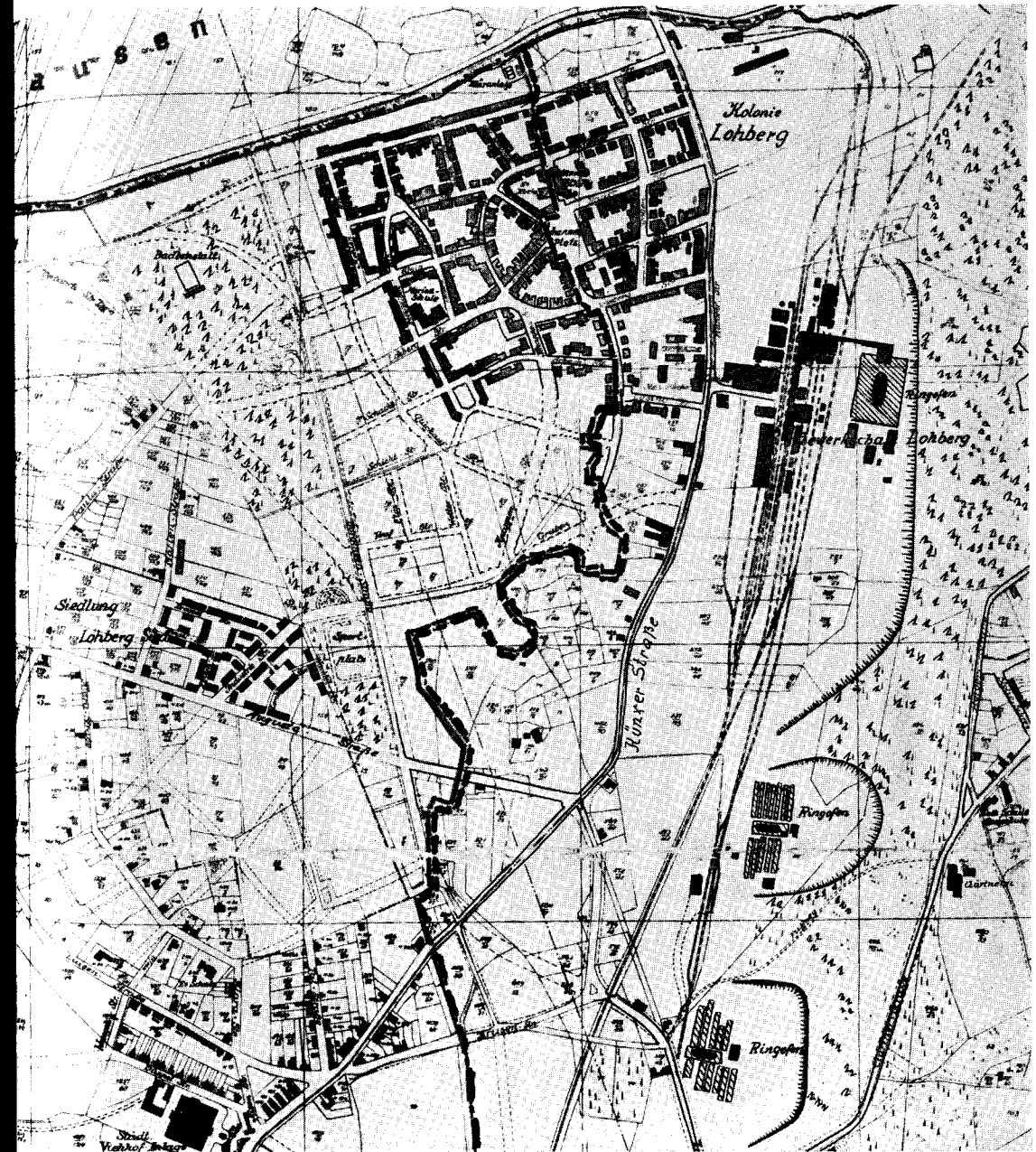
Die übereilte Beschlußfassung wird aber erst verständlich, wenn wir die Ratsitzung als Einleitung einer Schlußphase betrachten. Bereits vor 1914 gab es Kräfte, die daran interessiert waren, „das Zwitterwesen des halb industriellen, halb landwirtschaftlichen Kreises Dinslaken“ sowohl vom verwaltungstechnischen wie finanzpolitischen Standpunkt aus zu beseitigen. Industriegemeinden und Indu-

Die Siedlung Lohberg:

Ausschnitt aus dem „Übersichtsplan der Stadt Dinslaken und der näheren Umgebung“, Maßstab 1 : 10 000, Dinslaken, im Mai 1921

Die ehemalige Gemeindegrenze von Hiesfeld ist sorgfältig kartiert, obwohl die Eingemeindung bereits 4 Jahre vollzogen ist. Früher trennte sie (steuerlich) die linke von der rechten Seite der Haldenstraße, verlief quer über den Johannesplatz und durchzog die Teerstraße bis zur Kläranlage am „Schlammkanal“ mit der Bruckhausener Grenze. Auch 1921 sind Lohberg-, Schacht-, Knappenstraße noch nicht bebaut. Aber mit der „Vogelkolonie“ (auf dem Plan „Lohberg-Süd“) zusammen wohnten tatsächlich mehr als 2/3 der Schachtbelegschaft westlich der Grenze auf Dinslakener Grund.

Schon auf einer Karte von 1904/07 fallen drei große Ringöfen mit ihren Trockenschuppen ins Auge. Auf unserem Blattausschnitt läßt sich zum erstenmal aus den Steilhangsignaturen ermes sen, welch gewaltige Mengen Ton für Zechenbauten und Siedlungshäuser dem Untergrund der Hauptterrasse entnommen wurden. Ihre Kante ist dadurch erheblich angeschnitten worden. Die zwei südlichen Öfen sind — wohl wegen der Gefährdung der Gärtner- und Bergerstraße — bald stillgelegt worden, der nördliche verarbeitete den so günstig gelegenen Ton bis Juni 1970. (Die Ziegelei Schäfersnolte am Brink in Hiesfeld schloß als vorletzte im Stadtgebiet ihren Betrieb im November 1969. Im gesamten Kreis Dinslaken arbeitet nun nur noch die Ziegelei Nelskamp in Gartrop.)



strieunternehmen strebten in bestem Einvernehmen die Teilung oder gleich vollständige Einverleibung an nach dem Vorbild von Duisburg und Essen (vor dem 1. Weltkrieg).

„Die in der Industriegemeinde ihrem Verdienst nachgehenden Leute werden zu leicht versucht, außerhalb der Industriegemeinschaft in ländlichen Orten zu wohnen, wo sie ein ländliches Kleingut bewirtschaften und weniger Steuern zahlen als in der Stadt. So verliert die Stadt eine große Menge von Steuerzahlern an die ländliche Umgebung und leidet außerdem unter den verwaltungstechnischen Schwierigkeiten, die eine solche Zersplitterung der Bevölkerungselemente mit sich bringt. Nicht viel anders steht es im Kreis Dinslaken.“³

Gemeint waren damals die Pendlers der Schachanlage Hugo und der GHH. Ein Gleiches galt für die Gewerkschaft Deutscher Kaiser, Zeche Lohberg, denn viele Bergleute wohnten auf Dinslakener oder Bruckhausen/Hünxer Gebiet.

Weit aufschlußreicher ist die folgende Passage aus dem O. G.: „So lange sich die Angelegenheit innerhalb der vertraulichen Mauern der handelnden Persönlichkeiten bewegte, war sie noch nicht spruchreif genug, um öffentlich diskutiert zu werden. Nachdem die schwebende Frage aber sowohl in Sterkrader Kreisen wie auch in den ländlichen Bezirken Hiesfelds als offenes Geheimnis die Runde beginnt, kann eine weitere Zurückhaltung nicht mehr zweckmäßig sein“. Die merkwürdige Logik dieser Sentenz erhellt, daß Rat und Bevölkerung längst inoffiziell mit dem „Problem“ und der geplanten Lösung bekannt gemacht worden waren. Die „Persönlichkeiten“ nennt aber der Verfasser des Reports nicht mit Namen.

Warum gerade die Mitglieder der „Beamtenkommission“ den Teilungsantrag einbrachten, könnte durch ihre Berufe erklärt werden: Belgrath: Maschinentechniker; Muthmann: Maschinensteiger; Sebold: Betriebsdirektor (Lohberg); (Bollwerk, ein langjähriges Ratsmitglied, sehr bejahrt, war Kaufmann in Hiesfeld und spielte bei der Antragsstellung wohl keine Rolle.) Die drei Erstgenannten vertraten die Gemeinde Hiesfeld auch im Kreistag, obwohl der Hauptteil der Bevölkerung immer noch landwirtschaftlich ausgerichtet war: diese Regelung ist wohl eine Folge des 1917 geltenden Dreiklassenwahlrechts.

Das Abstimmungsergebnis im Gemeinderat spricht überzeugend klar für die Aufteilung bzw. Abtrennung der industrialisierten Flächen und Übergabe an die Nachbarstädte. Es ist auch nicht anzunehmen, daß es anders gekommen wäre, wenn alle Gemeinderatsmitglieder anwesend gewesen wären. Der Bürgermeister zitierte nur Pressestimmen für die Teilung. Er enthielt sich der Stimme, weil er so kurz vor der Pensionierung kaum mehr interessiert war — wenn wir die Bemerkung des Schriftführers richtig interpretieren.

³ Oberhausener Generalanzeiger vom 20. 1. 1917 Seite 5, im folgenden mit O. G. zitiert. (Neben großen Heeresberichten über Kämpfe an der russischen Front, über Revolutionsgerüchte, bietet Seite 6 noch „Steckrübenwunder mit und ohne Fett“.)

Im Verlauf der Versammlung lassen sich die Ratsherren, die zu mindestens 2/3 alteingesessenen Familien meist bäuerlicher Herkunft entstammen, auf eine Mutungsline als neue kommunale Grenze festlegen. Auch diese Idee ist gewiß nicht erst während der Sitzung aufgekommen, sondern wie die gesamte Endlösung längst publik gemacht und folgsam hingenommen worden. Jedenfalls überrascht den heutigen Betrachter diese rein wirtschaftsbedingte Grenzziehung, erinnert sie doch an die linearen Grenzen von Wüstenstaaten. In Wirklichkeit fand dieser Vorschlag die einmütige Billigung von Verwaltung und Großindustrie. Der unterirdische Beschäftigungsort der Bergleute war nämlich für die Verteilung oder Erhebung der Kopfsteuer maßgebend. Es war 1917 vorzuzusehen, daß die Schachanlage Lohberg in Kürze zum Streitobjekt zwischen den Gemeinden Hünxe, Dinslaken und Hiesfeld werden mußte, wenn nämlich der Abbau unterirdisch die Gemeindegrenzen überschritt. Im Süden lag die gleiche Gefahr nahe für die Gemeinden Holten, Sterkrade, Hamborn, Hiesfeld. Die „Kolonie Lohberg“ lag überdies mit 2/3 der Wohnhäuser zu einem großen Teil auf Dinslakener Gebiet.

An diesen peripheren Punkten hatten sich in knapp 5 Jahren große Bebauungszentren gebildet, die dem Wesen nach und der Entfernung zum Gemeindemittelpunkt wegen tatsächlich immer weniger Beziehungen zu Hiesfeld hatten und auseinanderstrebten. Am entgegengesetzten Ende der Gemeinde Hiesfeld, vom Rathaus getrennt durch ein ausgedehntes Wald-/Heidegebiet, war die Zeche Hugo der GHH. entstanden. Prozesse um Steuereinkünfte gab es seit Bestehen der Kolonie Schmachtdorf.

Umgekehrt wurde die Gemeinde Hiesfeld von den Wohngemeinden der Bergleute, also Dinslaken, Sterkrade, Holten zur Leistung von Zuschüssen für Schulbauten, Sozial-, Polizeilasten in Anspruch genommen. Die Verwaltungen (und Aktionäre) der beiden großen Unternehmen saßen außerhalb Hiesfelds, so daß die Steuereinkünfte bald in keinem Verhältnis zu den erforderlichen Ausgaben standen.

Vor allem die Schulbauten in den rasch wachsenden Industriesiedlungen verschlangen Unsummen. Es entstanden in Lohberg 1912 die Johannes-, wenig später die Marienschule, 1873 die Schule in Schmachtdorf, 1874 die Brink-, 1876 die Moltkeschule. Zum Rathaus in Hiesfeld gab die GHH. einige 100 000 Ziegelsteine. Diese für die Gemeindeverwaltung unangenehmen Verhältnisse, zusammen mit der Pensionierung des Bürgermeisters von Hiesfeld, werden der „Beamtenkommission“ die Begründung des Antrags auf Teilung erleichtert haben.

Landrat Wilke ist sich darüber klar, daß Sterkrade durch den Eingemeindungszuwachs die zur Bildung eines eigenen Stadtkreises erforderliche Einwohnerzahl von 40 000 erreichen oder überschreiten wird. Er wägt gewissenhaft Vor- und Nachteile für den Kreis wie für Sterkrade ab und — befürwortet das Ausscheiden.

Als Termin für diese und alle anderen Änderungen schlägt er der Regierung den 1. Juli 1917 vor.⁴

Bürgermeister Dr. Most, der den Antrag auf Erhebung Sterkrades zum Stadtkreis einreichte, hat sich zur Eingemeindung Holtens nach Sterkrade später einmal geäußert: „Die wesentlichste Kommunalpolitik wurde am runden Stammtisch gemacht und, seßhaft, wie ich noch von meiner Studentenzeiten her war, sorgte ich dafür, daß sie nicht gegen, sondern für den Bürgermeister lief. So gelang es mir, fast zu meiner eigenen Überraschung, nach nicht mehr als Jahresfrist alle Gemeinderatsmitglieder, mit einer einzigen Ausnahme, für die Eingemeindung nach Sterkrade zu gewinnen, nachdem man dort hinsichtlich der Bedingungen im einzelnen freundliches Entgegenkommen gezeigt hatte.

Im Grunde hat auch Holten von der noch während des Krieges erfolgten Eingemeindung wenig Vorteile gehabt, weil sie sich infolge der bösen Gesamtentwicklung nicht mehr so wie erhofft auswirken konnte. Wesentlicher war sie für die Stadt Sterkrade. Sie erreichte dort die Einwohnerzahl, die ihr das Recht verlieh, von der Staatsregierung das Ausscheiden aus dem Landkreis Dinslaken und die Erhebung zum eigenen Stadtkreis zu verlangen. Beides erfolgte zum 1. Juli 1917.“⁵

Folgende Zahlen kann Dr. Most für seinen Antrag vorlegen:

Nach der Volkszählung am 1. Dezember 1916 ergeben sich

für Sterkrade	35 968 Einwohner
für Bürgermeisterei Holten 5 750 Einwohner, davon fallen nach Hamborn etwa 500; es verbleiben für Sterkrade:	5 250 Einwohner
für Hiesfeld 15 345; davon fallen nach Sterkrade:	6 000 Einwohner
das ergibt für Sterkrade: ⁶	47 218 Einwohner
An Frontsoldaten zusätzlich etwa 5 000 bis 6 000 Männer Das ergibt eine Seelenzahl von	53 000 Einwohner

⁴ Während die kommunalen Bindungen zwischen Sterkrade und Hiesfeld wenige Zeit nach dem Termin abbrechen, hielten manche vereinsmäßigen Zusammenschlüsse noch lange. So löste der Sterkrader Reiterverein seine Zugehörigkeit zum Verband des „alten Kreises Dinslaken“ erst 1968.

⁵ Aus: Duisburger Forschungen, Schriftenreihe für Geschichte und Heimatkunde Duisburgs, herausgeg. vom Duisburger Stadtarchiv, 11. Beiheft 1969, Otto Most: Drei Jahrzehnte an Niederrhein, Ruhr und Spree.

⁶ Zur Entwicklung der alten Gemeinde Hiesfeld im folgenden einige Einwohnerzahlen: Populationsliste vom Kirchspiel Hiesfeld Municipalität Dinslaken Canton Dinslaken, angefertigt am 18ten, 19ten und 20ten August 1809

A Bauerschaft Unterlohberg:	149 Einwohner	
B Bauerschaft Oberlohberg:	243 Einwohner	
C Bauerschaft Mittelbauerschaft:	580 Einwohner	
D Bauerschaft Barmingholten:	292 Einwohner	
		insgesamt: 1264 Einwohner



Eine Idylle aus der „guten alten Zeit“: Hiesfelds Bürgermeister Emil Hausmann verteilt auf dem Schützenfest 1905 Bonbons an die Kinder.

Unter dem Eindruck der Berichte des Landrats und der obigen Zahlen, vielleicht auch der Namen interessierter Industrieunternehmen ist der preußische Innenminister mit den Eingemeindungen wie dem Ausscheiden von Sterkrade einverstanden, vorausgesetzt, „daß keine Restgemeinden bleiben“. Der endgültige Termin für das Inkrafttreten wird von allen beteiligten Verwaltungen auf den 1. Juli 1917 festgelegt und nach Berlin gemeldet.

In diesem Augenblick trifft überraschend (für die Regierung, jedoch sicher nicht für die Herren der „Beamtenkommission“ in Hiesfeld) ein Telegramm beim Regierungspräsidenten ein. „Erbitte drahtnachricht auf anfrage vom 19. wann persönliche vorstellung wegen eingemeindung genehm.

Flocken hiesfeld“

Eilig fordert man vom Landrat Wilke Bericht über die Person von Flocken. Die Antwort: „Die Antragsteller sind einwandfrei. Sie sind kleine Landwirte, die sich darüber beklagen, daß mit der Eingemeindung Hiesfelds nach Dinslaken die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert eingeführt werden soll.

1875:	3319	Einwohner	1895:	4328	Einwohner
1880:	3336	Einwohner	1900:	5428	Einwohner
1885:	3781	Einwohner	1905:	6765	Einwohner
1890:	3923	Einwohner	1910:	9914	Einwohner

— als Ausgleich für die erhebliche Herabsetzung der Einkommensteuer. ...

Wenn die Antragsteller ... geltend machen sollten, daß während der Kriegszeit keine Änderungen in den Gemeindeverhältnissen vorgenommen werden sollten, so dürften sie mit dem Hinweis auf die gerade durch den Krieg bewirkten Umwandlungen abzuweisen sein. Ich empfehle, die Abordnung anzuhören. Sprecher ist der Landwirt Flocken, der als etwas eigensinnig bekannt ist.

Wilke

In diesen Zeiten der Untertänigkeit genörte wahrscheinlich mehr Selbstbewußtsein oder Mut zu solcher Meinungsäußerung gegen die Behörde oder die Allmacht Großindustrie als heute. Doch Flockens „Eigensinn“ teilten immerhin weitere 3 Ratsmitglieder und ca. 80 stimmberechtigte Bürger. Sie alle unterschrieben eine recht überzeugend gefaßte Eingabe. Die empörten Bürger bringen darin zum Ausdruck, daß „über die meisten Stimmen im Gemeinderat als Hauptinteressenten die beiden industriellen Werke, die GHH (Sterkrade) und die Gewerkschaft Deutscher Kaiser (Dinslaken) verfügen. Die Stimmenmehrheit sei zwar für die Aufteilung, nicht jedoch der Wille der Bevölkerung. (Nur zu verstehen in der Zeit des Dreiklassenwahlrechtes: der Bergingenieur Thyssen, Duisburg, der Fabrikdirektor Kalle, Dinslaken z. B. hatten als Vertreter des Großgrundbesitzes mehrfaches Stimmrecht im Kreistag Dinslaken).

Weiter: die gewählte Vertretung der Bürgerschaft kommt seit Jahren nicht mehr zur Geltung.

Die Gemeindeglieder, die seit Jahren an allen Fronten liegen, sollen bei ihrer Rückkehr nicht ihre heimatliche Gemeinde aufgelöst finden.

Die Bevölkerung bestreitet, daß die Entwicklung der Großindustrie die Auflösung der Gemeinde jetzt unbedingt erfordere. Die Bürger Hiesfelds befürchten bei der Vereinigung mit Dinslaken, daß sie die in letzter Zeit für diese Kleinstadt ungewöhnlichen Aufwendungen bezahlen müssen. Die königliche Regierung solle mindestens dafür sorgen, daß der Grundbesitz nicht höher als jetzt belastet werde und daß die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert nicht eingeführt werde.

Niemand unter den „eigensinnigen“ Hiesfeldern hatte die Illusion, die Teilung rückgängig machen zu können. Sie alle waren gegenüber den rasch schaltenden Industrievertretern auch gar nicht zeitig mit ihrer Meinung an die Öffentlichkeit getreten. Mit der Eingabe erreichten sie aber eine 1. und 2. Änderung der Übergabebedingungen — die 3 Industrievertreter hatten dagegen nichts einzuwenden. Einige interessante Forderungen der Hiesfelder Ratsherren:

1. die Zahl der Stadtverordneten in Dinslaken wird um 6 Vertreter aus Hiesfeld-Nord auf 24 erhöht, in Sterkrade traten 4 für Hiesfeld-Süd hinzu.
2. Der Ortsteil Hiesfeld wird in allen Spezialkommissionen durch einheimische Bürger vertreten.
3. Die Straßenbahn Duisburg — Dinslaken wird am alten Kirchhof (am Neutor) vorbei über die Hiesfelder Straße bis zur Sterkrader Grenze durchgeführt mit Anschluß zum Bahnhof Holten.
4. Dicker-, Heistermann- und Wiesenstraße werden ausgebaut.
5. Lohberg wird ans Kanalnetz von Dinslaken angeschlossen.
6. Senkung der Einkommensteuer: Grundstücke mit rein landwirtschaftlicher Nutzung werden auf eine niedrigere Steuerstufe gesetzt.
7. Befreiung vom Schlachthauszwang für Hiesfeld-Nord und Süd.
8. Die Pension des verabschiedeten Bürgermeisters wird von Dinslaken und Sterkrade gemeinsam getragen.

In der Tat sind im Laufe der Nachkriegsjahre viele Forderungen erfüllt worden.

Die Straßenbahn ist sogar schon wieder überholt, die Schienen sind beseitigt oder für zukünftige Archäologen unter Asphalt versteckt.

So erfolgte am 25. Mai die Genehmigung durch Berlin:

Der Minister des Inneren, Berlin, 15. 5. 1917

Unter den Linden
72/73

Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung Seiner Majestät des Königs hat das Staatsministerium durch die beifolgende Urkunde vom heutigen Tag die Aufteilung der Gemeinde Hiesfeld zwischen den Städten Dinslaken und Sterkrade, die Aufteilung der Gemeinde Holten zwischen den Städten Hamborn und Sterkrade mit Wirkung vom 1. Juli d. Js. ab genehmigt.

Gleichzeitig habe ich durch die in Abschrift anliegende Bekanntmachung, die ich der Schriftleitung des Reichs- und Staatsanzeigers übersandt habe, die Stadt Sterkrade vom 1. Juli d. Js. ab für ausgeschieden aus dem Verbands des Kreises Dinslaken erklärt.

Euer Hochwohlgeboren überlasse ich ergebenst die weitere Verfügung. Auf Grund des § 4 Abs. 1 und 2 der Kreisordnung für die Rheinprovinz vom 30. Mai 1837 erkläre ich die Stadt Sterkrade im Regierungsbezirk Düsseldorf vom 1. Juli 1917 ab für ausgeschieden aus dem Verbands des Kreises Dinslaken. Von diesem Tage ab bildet die Stadt Sterkrade für sich einen Stadtkreis.

Der Minister des Inneren
gez. v. Loebell

Die Schlußphase enthält noch einige pikante Episoden, abgesehen von dem üblichen Kleinkrieg um die genaue Grenzkartierung.

Mit Rücksicht auf die noch immer unruhige Volksseele wählten die Bürgermeister der Aufnahmestädte für ihre neuen Stadtteile die Bezeichnung Dinslaken-Hiesfeld, Sterkrade-Hiesfeld, Dinslaken-Lohberg. Der Postminister jedoch war bestrebt, Verwechslungen zu vermeiden. Im Einvernehmen mit Landrat Wilke und dem Regierungspräsidenten wird Dr. Most zur Auflage gemacht, seinen Zuwachs fortan Sterkrade-Schmachtendorf zu benennen. Und das war im Süden Hiesfelds der Tropfen, der den Krug überlaufen ließ. Es kam fast zu einer lokalen Revolution, an der sogar die Geistlichkeit teilnahm. Den Alteingesessenen paßte der Name nämlich ganz und gar nicht. Pfarrer Schäfer sagt in einer Eingabe vom 6. August: „Der Name ist erst seit 1898 aufgekommen; es waren bis dahin nur 5 Häuser, die **spottweise** so genannt wurden.“ (Der Pfarrer irrte: die Häusergruppe hieß bereits 1869 Schmachtendorf. Allerdings soll tatsächlich ein „humorvoller“ Förster die armselige Plaggenhüttengruppe so titulierte haben.) Auf 36 Seiten haben wohl sämtliche Einwohner den Protest unterschrieben. Dr. Most fand einen Kompromiß in dem neutralen „Sterkrade-Nord.“

Hunger, Spartakusaufstand, politische Morde, Reparationslieferungen folgten auf den Kriegsschluß. Mitten in dieser düstersten Zeit Deutschlands erhebt sich noch einmal der Widerstand gegen vermeintliche Machenschaften. Am 20. Januar 1919 beantragte Theodor Kathmann für die Hiesfelder Bürger die „Wiederselbständigmachung“ der Gemeinde beim Innenministerium und bei der Bezirksregierung. Unter dem Druck der innenpolitischen Zustände wurde das Schreiben mit dem Satz abgetan: Es muß nun sein Bewenden haben mit der vollzogenen Eingemeindung nach Dinslaken. Und das leuchtete schließlich den Alt-Einheimischen ebenfalls ein.